

20 Jahre Antifa: Still not loving Reality

Die Organisatoren der heutigen Demonstration scheinen nicht zu wissen, was sie am heutigen Deutschland kritisieren sollen. Sie rufen daher zur Bekämpfung eines Deutschlands auf, das es schon längst nicht mehr gibt.

„Still not lovin' Germany“ – „Wir lieben Deutschland immer noch nicht“. Das mag stimmen. Aber, ganz ehrlich: Wer tut das hierzulande schon? Die Deutschen sind weder in der Emigration, wo die Liebe zu Schweinskopfsülze, Pfälzer Saumagen oder Leipziger Allerlei indirekt proportional zur Dauer des Exils wächst. Noch sind sie Asylbewerber, denen Deutschland im Vergleich zum Iran, der Elfenbeinküste oder dem Kongo auch nach den schrecklichsten Schikanen der hiesigen Ausländerbehörden als Paradies erscheint. Wer in Leipzig, Halle oder Gelsenkirchen halbwegs aufmerksam Straßenbahn fährt, erkennt im gegenseitigen Umgang der Fahrgäste, in ihren Gesprächen, den Drängeleien, dem gereizten Wort („Erst raus, dann rein!“) und der oft mehr als latenten Aggressivität: Die Leute können sich nicht ausstehen. So dürfte es auch mehr als ein Zufall sein, dass die Doku-Soaps, die die Fernsehprogramme vor einigen Jahren noch dominierten, in der Publikumsgunst längst von Zoosendungen abgelöst wurden. Je enger Ost und West zusammenwachsen, je intensiver sich die Landsleute also kennenlernen, umso mehr lieben sie „Panda, Gorilla & Co“.

Warum eigentlich Deutschland lieben?

Die nationalen Imagekampagnen („Du bist Deutschland“ usw.) und die aufgedrehten Bekenntnisse der Generation Berlin zur Fußball-Nationalmannschaft, zu schwarz-rot-gold und zur deutschen Vorreiterrolle in Sachen Ökostrom sind dementsprechend kein Ausdruck überschwänglicher Vaterlandsliebe. Erstens hat ein Vater, der geliebt wird, keine Imagekampagne nötig. Zweitens ist es bei all den Peinlichkeiten, die sie sich gelegentlich leisten, auch für Verliebte eher unüblich, Wildfremden ungefragt den Namen ihres Schwarms ins Ohr zu brüllen oder sich seine Initialen ins Gesicht zu schmieren. Vor allem aber ist es unüblich, sich immer und immer wieder unaufgefordert für die große Liebe zu rechtfertigen, im gleichen Atemzug aber zu betonen, wie harmlos die Sache doch sei.

Sowohl die Imagekampagnen als auch die schwarz-rot-goldenen Fahnenappelle haben ein nicht zu übersehendes Moment von Autosuggestion. Hinter dem aufgedrehten Fahnen-schwenken dürfte vor allem das Bedürfnis des Staatsbürgers stehen, aus dem –durchaus nützlichen – Besitz eines deutschen Reisepasses gerade im Angesicht der Krise ein wechselseitiges Treue- und Verpflichtungsverhältnis zwischen sich und der Instanz, die das Dokument ausstellt, abzuleiten. Soll heißen: Je unerträglicher er seine Mitinsassen und die Haftanstalt findet, umso stärker muss er sich selbst von ihren vermeintlichen Vorzügen überzeugen. Das gelingt ihm dummerweise nicht immer – immerhin ist es im Zeitalter von Kabelfernsehen und Billig-Airlines schwer, die Schönheiten der Lüneburger Heide, die deutsche Popkultur oder den deutschen Beitrag zum Klimaschutz gegen Malibu-Beach, Britney Spears oder einen Cadillac stark zu machen. Aus diesem Grund tritt ihm regelmäßig der Staat zur Seite: In dem Maß, in dem der „Tag der deutschen Einheit“ bei der Mehrheit der Deutschen nicht mehr für vaterländisches Herzklopfen sorgt, sondern als willkommene Gelegenheit für einen Kurzurlaub, die Renovierung der Küche oder einen Gemeltag vor dem Fernseher begriffen wird, müssen die einschlägigen Ideologieproduzenten ihre Anstrengungen in Sachen nationaler Identitätsstiftung durch Kampagnen, Stellwände und das Verteilen schwarz-rot-goldener Kugelschreiber verstärken. Diese Mischung aus privatem Desinteresse und staatsbürgerlichem Bedürfnis nach Sinnstiftung, die die je Einzelnen durchzieht, spiegelt sich noch vor der Fernbedienung wieder. Die Fernsehsender, die sich aus finanziellen Gründen an den Konsumwünschen des Publikums orientieren müssen, waren auch am 3. Oktober weitgehend frei von nationalem Pathos: Pro 7 zeigte „Star Wars“, RTL 2 wartete mit „Austin Powers“ auf. Die öffentlich-rechtlichen Sender hingegen, die nicht auf die Interessen der Zuschauer, sondern auf den nationalen Bildungsauftrag verpflichtet sind – und

aus diesem Grund in der Zuschauer-gunst ganz weit unten stehen –, überschwemmen das Publikum hingegen seit Monaten mit Sendungen à la „Countdown Mauerfall“ (ZDF), „Meine Wende“ (MDR) und „60 x Deutschland“ (ARD). Sowohl hinter der aufdringlichen Versicherung der eigenen Heimatverbundenheit als auch den öffentlich-rechtlichen Sinnstiftungskampagnen steht mit anderen Worten letztlich der Drang, der eigenen Scholle endlich den Rücken zu kehren. So sind laut einer Umfrage zwar 65 Prozent der Landsleute der Meinung, dass die Deutschen ruhig stolzer auf „ihr Land“ sein sollten. Drei Viertel der Befragten beantworten die Frage, ob sie auch in einem anderen Land als Deutschland arbeiten würden, jedoch mit einem eindeutigen „Ja“. Nicht nur die Verkehrsstaus, die in jedem Sommer in Richtung Süden zu beobachten sind, und das Desinteresse an den Ferien auf dem Immenhof zeigen: Die Deutschen hält trotz der Beteuerung ihrer Heimatverbundenheit nur sehr wenig im geliebten Vaterland. Sie halten es untereinander nicht aus.

Warum eigentlich nicht?

Diese Form der autosuggestiven Vaterlandsliebe findet in der heutigen Demonstration ihren linken Komplementär. Während die Mehrheit der Deutschen nicht so richtig weiß, warum sie stolz auf ihr Vaterland sein soll, wissen die Organisatoren der heutigen Demonstration, die sich im „Arbeitskreis 2009“ zusammengeschlossen haben, offensichtlich nicht so richtig, warum sie Deutschland *nicht* lieben sollen. Die Betonung des heutigen Demo-Mottos „Still not lovin' Germany“ scheint dementsprechend auf dem „still not“ zu liegen: „noch nicht“. Um überhaupt etwas zu finden, das ihnen an der Bundesrepublik nicht gefällt, mussten die Organisatoren schon sehr weit in der Nachkriegsgeschichte zurückgehen. Anders gesagt: Sie mussten sich das Deutschland, das sie nicht lieben wollen, erst erfinden – das Deutschland, das sie heute nicht mögen, ist schon seit gestern nicht mehr existent. Und so werden die Asylbewerberheime von Ho-

yerswerda und Rostock-Lichtenhagen im Aufruf immer noch belagert; die Abschaffung des Asylrechts wird skandalisiert, als hätte der Bundestag den Artikel 16 erst gestern bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen; und die DDR wird von offizieller Seite nach wie vor totalitarismustheoretisch mit dem „Dritten Reich“ gleichgesetzt. Kurz: Das „Vierte Reich“, das in den neunziger Jahren regelmäßig von linker Seite beschworen wurde, steht immer noch kurz vor der Tür. Weder die Autoren des Aufrufs noch die dutzenden Politgruppen, die den heutigen Auftrieb unterstützen, wollen sich eingestehen, dass Figuren wie Eckhard Jesse und Uwe Backes, die beiden Galionsfiguren der gegenwärtigen Totalitarismustheorie, bestenfalls in Sachsen für wissenschaftliche Koryphäen gehalten werden. (Zumindest die Außenpolitik der Bundesrepublik basiert spätestens seit dem Kosovokrieg gerade nicht mehr auf der Relativierung der deutschen Verbrechen; die Politik der rotgrünen Regierung und, wenn auch in abgeschwächter Form, der großen Koalition zog ihren Geltungsdrang vielmehr gerade aus der Betonung ihrer Einzigartigkeit.) Weder der Leipziger Gruppe mit dem bezeichnenden Namen „EGAL“ („Emanzipatorische Gruppe AntifaschistInnen Leipzig“) noch den anderen Unterstützern des Aufrufs scheint aufzufallen, dass die Mehrheit der heutigen Bereitschaftspolizisten die Parole „Wo, wo, wo wart Ihr in Rostock?!“, die BGS und Co. in den neunziger Jahren auf linken Demonstrationen empört entgegengebrüllt wurde, guten Gewissens mit dem Ruf beantworten könnten: „Im Kindergarten!“ Will heißen: Die zentrale empirische Basis, auf der der Aufruftext beruht, stammt aus einer Zeit, die auch das Gros der heutigen Demonstranten bestenfalls aus den Zeitzeugengesprächen kennt, die der „Arbeitskreis 2009“ in den letzten Wochen als alternatives Begleitprogramm zu den offiziellen Zeitzeugengesprächen dieser Tage organisiert hat. Das Ganze ist wahlweise 18 (Hoyerswerda), 17 (Rostock) oder 16 (Abschaffung des Asylrechts) Jahre her. Selbst an den beiden Stellen, an denen sich die Organisatoren darum bemühen, über das magische Jahr 2000 hinauszugehen, greifen sie gekonnt daneben. Wenn sie den „Ruf aus Leipzig“ vom Juni 2007 als Beispiel für eine „parallelisierende Opferinszenierung“, eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR, heranziehen, fallen sie nicht nur auf die Leipziger Selbstpräsentation als Epizentrum der Weltentwicklung

herein: Der „Ruf aus Leipzig“, der von sieben so gesellschaftlich relevanten Herren wie dem Geschäftsführer des Leipziger Zoos, dem Ärztlichen Direktor des Herzzentrums Leipzig und dem Kantor der Thomaskirche verbrochen wurde, wurde nicht einmal im benachbarten Halle, wo sonst jeder Unsinn aus der Heldenstadt große Beachtung findet, wahrgenommen. Der „Arbeitskreis 2009“ musste zugleich zur offenen Lüge greifen: So betreiben der Zoodirektor und seine Freunde in ihrem „Ruf aus Leipzig“ gerade *keine* „parallelisierende Opferinszenierung“. Sie betonen vielmehr ausdrücklich, dass der Nationalsozialismus und die DDR gerade *nicht* gleichgesetzt werden können: „Festigung der Demokratie bedeutet ständige, nicht nachlassende Kritik an beiden, *nicht gleichzusetzenden* [Hervorhebung von uns], deutschen Diktaturen.“

„Mach meinen rassistischen Konsens nicht an!“

Das Deutschlandbild, das sich hinter dem Aufruf des „Arbeitskreises“ verbirgt, lässt sich auf eine einfache Formel bringen: „rassistischer“ oder „rechter Konsens“. Wer schon einmal miterleben durfte, wie gereizt die Aktiv-Antifa selbst auf die schüchternste Kritik an dieser Floskel reagiert, der weiß: Die Rede vom „rassistischen Konsens“, vom deutschlandweiten Bündnis aus Polizei, Staat, Nazis und Bevölkerung gegen Migranten, Flüchtlinge und die Leipziger Antifa, ist für sie längst zum Identitätserersatz geworden. Genauso schwer wie sich die Linke in den frühen neunziger Jahren – als tatsächlich so etwas wie ein „rassistischer Konsens“ existierte – tat, sich von ihrer Lieblingsvorstellung einer großen Koalition aus Migranten und deutschen Sozialhilfeempfängern gegen „die da oben“ zu verabschieden, genauso schwer tut sie sich heute damit, auf Abstand zur Parole vom „rassistischen Konsens“ zu gehen. Die Älteren, die ihr Hobby inzwischen zum Beruf gemacht haben, müssen allein schon um ihrer physischen Reproduktion willen auf der Existenz einer rassistischen Mehrheitsgesellschaft bestehen: Wen sollen sie sonst mit ihrer antirassistischen Bildungsarbeit, mit Monitoring, Networking und Schulprojekttagen gegen Rechts-Extremismus beglücken? Die Jüngeren können hingegen entweder ihren Opportunismus im Kampf gegen Neonazis, auf den sich ihr Hantieren dann letztlich trotz des Schlachtrufs vom „rassistischen Konsens“ beschränkt, als Nonkonformismus ausgeben: Immerhin gibt es im öffentlichen Leben

der Bundesrepublik – vom Sozialkundelehrer über das Unterschriftenkartell bis hin zur Kanzlerin – kaum noch jemanden, der nichts gegen die NPd hat. Oder sie hoffen selbst schon auf einen Quereinstieg ins staatliche Antifa-Business: Wo sollen Politik-, Soziologie- oder Philosophieabsolventen mit linksradikaler Politvergangenheit ansonsten auch unterkommen? Die Vorstellung vom „rassistischen“ oder „rechten Konsens“ wird dabei nicht nur von den Gehaltsschecks demontiert, die den Lebensunterhalt der professionalisierten Antifa-Aktivistinnen sicherstellen: Die diversen – und im Einzelfall sicher auch verdienstvollen – „Antidiskriminierungsbüros“, „Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt“ und „Arbeitsstellen Rechts-Extremismus“ hängen, was ihren Mitarbeitern nach jahrelanger ehrenamtlicher Schufferei durchaus zu gönnen ist, letztlich am staatlichen Tropf. Selbst der Fall, den der „Arbeitskreis 2009“ als Beispiel für das ungebrochene Fortwirken des rassistischen Konsenses der neunziger Jahre anführt, steht für das genaue Gegenteil: So trieb nach einem Volksfest im Sommer 2007 zwar tatsächlich, wie im Demonstrationsaufruf zu lesen ist, ein rassistischer Mob aus Nazis und Normalbevölkerung acht Inder durch die sächsische Kleinstadt Mügeln. Im Unterschied zu Rostock-Lichtenhagen war in Mügeln jedoch innerhalb kürzester Zeit eine Polizeihundertschaft vor Ort, die die Meute trotz Stein- und Flaschenwürfen zurückdrängte. Während sich angesichts der Pogrome von Hoyerswerda und Rostock darüber hinaus eine große Front aus Medienvertretern, Politikern und Normalbürgern bildete, die Verständnis für das „an sich“ berechnete Anliegen des brandschatzenden Mobs aufbrachte, war in Mügeln nichts dergleichen zu beobachten: Es herrschte vielmehr eine partei- und medienübergreifende Empörung: sowohl über die Volksfestmeute als auch über die Relativierungsversuche des Mügeln Bürgermeisters. Die Hetzjagd wurde, anders als von den Organisatoren der heutigen Demonstration behauptet, nicht nur einer Gruppe von Neonazis zur Last gelegt; der „Spiegel“, der 1992 noch mit der Parole „Das Boot ist voll“ aufgewartet hatte, zitierte vielmehr jemanden, der erklärte, dass letztlich alle – „von jung bis alt, vom Punk bis zum Skinhead“ – dabei gewesen seien und fragte exemplarisch für die überregionale Presse: „Wurde hier womöglich ‚Volkes Wille‘ vollstreckt?“ Von einem deutschlandweiten „rassistischen Konsens“ kann tatsächlich

nur sprechen, wer seinen Kiez in Leipzig Connewitz als Trutzburg gegen die Zumutungen der Welt begreift, die er nur zu gelegentlichen antifaschistischen Ausflügen in ostzonale Käffer à la Wurzen, Delitzsch oder Mügeln verlässt. Im Unterschied zu den neunziger Jahren gibt es außerhalb der ostdeutschen Abbruchgebiete kaum noch jemanden, der den Menschenjagden der Einheimischen oder akzeptierender Sozialarbeit mit Neonazis mit verständiger Toleranz begegnet. Der „rassistische Konsens“ dürfte inzwischen in erster Linie ein Ostphänomen sein; auf Bundesebene bzw. im Westen scheint, wie nicht zuletzt der Andrang beim „Tag der offenen Moschee“, die Proteste gegen den Anti-Islamisierungskongress in Köln und selbst das Feuilleton der FAZ zeigen, vielmehr ein „antirassistischer Konsens“ zu herrschen. Das heißt nicht unbedingt, dass arme Schlucker aus Ghana in jeder hessischen Dorfdisko einen begeisterten Empfang erleben. Die Chance, Opfer eines fremdenfeindlichen Übergriffs zu werden, dürfte für sie im Westen inzwischen allerdings rund zehn Mal geringer als im Osten sein. Darüber hinaus hat der rassistische Pöbel derzeit weder in den alten Bundesländern noch auf Bundesebene eine Chance „diskursmächtig“ zu werden: Mit ihm spricht niemand, ihn nimmt niemand als Diskussionspartner ernst, und ihm bietet niemand ein Forum.

Deutschland einig Antira

Das Problem ist: Gerade in diesem Antirassismus erlebt das spezifisch Deutsche, das die Initiatoren der „Still-not-loving-Germany“-Demonstration nicht einmal ansatzweise auf den Begriff zu bringen versuchen, eine weitaus größere Wirkungsmächtigkeit als durch sein vermeintliches Gegenteil: die ausländerfeindlichen Prügelattacken ostzonaler Kirkesbesucher. Ursprünglich ein Einspruch gegen Fremdenfeindlichkeit, ausländerfeindliche Übergriffe und Abschiebungen, konserviert der Antirassismus längst die antiimperialistische Liebe zum Volk, der antiaufklärerischen Kategorie per se. Kulturen und Kulturkreise gelten als quasi-natürliche Größen, die unabhängig davon, wofür sie stehen, schützenswert seien. Während dabei noch die schrecklichsten Verhaltensweisen – von Genitalverstümmelungen über Witwenverbrennungen bis hin zur Verfolgung Homosexueller – zu erhaltenswerten Traditionen verklärt werden, werden alle Übel dem Westen zur Last gelegt, der angeblich von „außen“ in die

Schutzräume der „indigenen Völker“ eingedrungen sei und ihre harmonisch-organische Lebensweise zerstört habe. Ganz im Sinn dieser Vorstellungen steht im Zentrum des Antirassismus längst nicht mehr das Individuum, das für seine Handlungen verantwortlich gemacht und kritisiert werden kann. Die Menschen in der Dritten Welt, die hiesigen Migranten und die von Abschiebung Bedrohten werden – und das zeigt nicht zuletzt die Narrenfreiheit, die Sexisten mit Migrationshintergrund in so manchem besetzten Haus genießen – inzwischen in Blut-und-Boden-Manier als Exemplar ihrer Kultur begriffen: Sie kommen halt aus einem anderen Kulturkreis. Hinter diesem Antirassismus steht damit nicht die Solidarisierung mit denen, die in Deutschland von Abschiebung oder von ausländerfeindlichen Übergriffen bedroht sind; hinter ihm steht nicht die Forderung nach einem besseren Leben für alle – jenseits von Kollektiven und dem autoritären Zwang, den die „Kulturen“ gegen diejenigen ausüben, die nicht mehr zu ihnen gehören wollen. Hinter diesem Antirassismus verbirgt sich vielmehr die Sehnsucht nach der repressiven Wärme des Kollektivs. Wer seine Kritik an Deutschland hingegen nur auf den Haudrauf-Rassismus der neunziger Jahre beschränken kann, weil er selbst im Antira-Business mitspielt; wer Deutschland nur zu kritisieren imstande ist, wenn es als fieser Kriegstreiber auftritt; wer die deutsche Friedenssehnsucht nur, wie der „Arbeitskreis 2009“ auf einer inzwischen abgeschalteten Homepage, als „Heuchelei“ abtun und nicht als durchaus ernst gemeinten Frieden gegenüber denjenigen begreifen kann, die den Staat der Holocaust-Überlebenden vernichten wollen – der muss entweder zur Leugnung der Realität greifen: Er muss sich einen Gegner basteln, den es nicht mehr gibt. Oder er muss das tun, was ein früherer antideutscher Provinz-Kronprinz vor einiger Zeit im Zentralorgan der Leipziger Szene vorexerzieren durfte: Er muss durchaus richtig konstatieren, dass das „Vierte Reich“ eben doch nicht vor der Tür steht – und vor diesem Hintergrund zum ideellen Deutschlandfahnen schwenken übergehen. Die Simulation der neunziger Jahre und die neue Deutschlandbegeisterung früherer Szenelautsprecher sind mit anderen Worten nicht notwendigerweise Gegensätze. Sie sind vielmehr zwei Seiten derselben Medaille.

Aufstände und Anständige

Die Langeweile, die der Aufruf zur heutigen Demonstration verbreitet, hat allerdings durchaus einen objektiven Gehalt. In den Jahren nach dem „Antifa-Sommer“ des Jahres 2000, als Gerhard Schröder den „Aufstand der Anständigen“ gegen Neonazis ausrief, schien es so, als würde sich das kollektive Straf- und Verfolgungsbedürfnis der Landsleute diversifizieren. Jeder, dem Gemeinwohlschädlichkeit nachgesagt werden konnte, konnte zum Opfer werden: vom Kampfhundebesitzer über so genannte Kinderschänder und schmarotzende Politiker bis hin zum scheinbar widersinnigen Objekt, dem Neonazi. Die jeweiligen Mobilisierungen erfolgten dabei nicht nur in immer kürzeren Abständen; sie ergriffen zugleich regelmäßig das ganze Land: Angeführt von ihrer Regierung demonstrierten im Jahr 2000 hunderttausende Deutsche gegen die Machtübernahme der Ein-Prozent-Partei NPD. Während des Irakkrieges traf es die USA, die im Namen des von Gerhard Schröder verkündeten „deutschen Weges“ angegriffen wurden – die Bundesrepublik erlebte die größten antiamerikanischen Aufmärsche ihrer Geschichte. Und bei den Montagsdemonstrationen gegen Hartz-IV richtete sich die Sehnsucht nach dem „deutschen Weg“ 2004 schließlich gegen die Bundesregierung selbst: Die Demonstranten appellierten an einen imaginären starken Staat, in dem „die Politik“ nicht von der Wirtschaft bestimmt wird, Partikularinteressen ausgeschaltet sind und Sorge dafür getragen wird, dass deutsche Unternehmer in Deutschland, und nicht in Tschechien, Polen oder auf den Malediven investieren. Mit anderen Worten: In der Krise des Etatismus, die seit einigen Jahren zu beobachten ist, schien gerade diejenigen Momente des Nationalsozialismus reaktiviert zu werden, die besonders „modern“ und ihrer Zeit voraus waren: das Abstellen auf die Unmittelbarkeit von Herrschaft, eine breite Bürgerbeteiligung und einen äußerst flexiblen (Selbst-)Verwaltungsapparat, der gerade dadurch zu seiner mörderischen Effizienz gelangte, dass er weder durch langwierige Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesse noch durch das Warten auf explizite Befehle gehemmt wurde – sondern den Volkswillen erahnen und in Eigeninitiative in die Tat umsetzen konnte.

Das Ende der Kampagnendemokratie?

Doch auch diese Zeit scheint vorerst vorbei zu sein. Zwar wird in verschiedenen Gegenden der Republik immer

noch regelmäßig die Sau durchs Dorf getrieben: In Leipzig demonstrierten Rechts und Links vor einiger Zeit gemeinsam, wenn auch an unterschiedlichen Orten, gegen Kinderschänder. In Hamburg bildete sich angesichts eines großen Neonaziaufmarschs im letzten Jahr eine große Koalition heraus, der die örtlichen Volksparteien ebenso angehörten wie linke Antiimperialisten und die inzwischen verblichene „Bad-Weather“-Antifa. Und im sachsen-anhaltischen Zerbst traf der Volkszorn vor einiger Zeit eine Familie, die den Ruf des Ortes, der bis dahin gar nicht existiert hatte – wer kennt schon Zerbst? –, im RTL-2-Format „Frauentausch“ angeblich ruiniert hatte: Die Familie war im Fernsehen ganz authentisch aufgetreten, woraufhin ihr Haus über mehrere Tage hinweg von einem empörten, ebenso authentischen Mob belagert wurde. Trotz der teilweise beeindruckenden Teilnehmerzahlen sind die jeweiligen Massenmobilisierungen gegen Nazidemonstrationen, Kinderschänder und andere vermeintliche Gemeinwohlschädlinge in gesamtdeutscher Perspektive jedoch inzwischen Zwergenaufstände mit Lokalkolorit. Auch wenn es in den letzten Jahren zahlreiche Gelegenheiten gab: Eine bundesweite Mobilmachung gegen den einen großen Feind: die USA, schmarotzende Politiker, Neonazis usw., wie in den Jahren 2000 bis 2004 hat die Republik seit dem Ende der Hartz-IV-Demonstrationen, oder allgemeiner: dem Abanken der rotgrünen Koalition, nicht mehr erlebt. So hält die Mehrzahl der Deutschen Israel zwar für die größte Gefahr für den Weltfrieden. Bei den antisemitischen Aufmärschen gegen den Libanon- und den Gazakrieg 2006 und 2008/2009 blieben die Anhänger des Propheten trotzdem weitgehend unter sich. Selbst der große Volksaufstand gegen die Finanzkrise, die die Gelegenheit zum großen „Hepp!-Hepp!“-Krawall gegen skrupellose Banker, verantwortungslose Politiker und die USA geboten hätte, wurde zum Leidwesen linker Antiimperialisten und wertkritischer Apokalyptiker glücklicherweise vertagt.

Enttäuschte Hoffnungen

Das Ausbleiben der großen Mobilmachung und des großen Knalls scheint dennoch weder allein auf den Regierungswechsel noch ausschließlich auf die Unfähigkeit der Deutschen zurückzuführen sein, sich einer Sache über einen längeren Zeitraum ganz zu verschreiben. Auch wenn es die Mehrzahl der Landsleute tatsächlich kaum noch fertig zu bringen scheint, einer

Unterhaltungssendung mehr als 20 Minuten ohne Werbepause zu folgen: Die Ursache der derzeitigen Lethargie dürfte zugleich darin zu suchen sein, dass die Hoffnungen auf Weltuntergang und Ausnahmezustand zu oft enttäuscht wurden. Das Eingemachte musste zu oft im Keller bleiben; der Selbstverteidigungskurs erwies sich immer wieder als vertane Zeit; und die teuren Polarschlafsäcke, die monsuntauglichen „Jack-Wolfskin“-Jacken und die „Meindl“-Alpinwanderschuhe, mit denen sich der Mittelstand seit Ende der neunziger Jahre bevorzugt ausstattet, durften sich zu oft doch wieder nur auf dem Weg ins Büro, beim Wochenendcamping auf Rügen oder der Brockenwanderung bewähren. Wenn Sehnsüchte und Hoffnungen zu oft enttäuscht werden, entsteht schließlich jene Mischung aus Lethargie und Langeweile, die derzeit alles bestimmt. Die Landsleute scheinen die Hoffnung zwar noch nicht ganz aufgeben zu wollen: Gerade die Nachrichten über die Schweinegrippe-Epidemie sorgten im August wieder einmal für jene Mischung aus Weltuntergangsanxiety und freudiger Erwartung, die hierzulande noch jeden Massenaufbruch geprägt hat. So richtig scheint allerdings trotzdem niemand mehr an die Apokalypse glauben zu wollen. Trotz der Verhaltenshinweise zur Vermeidung von Ansteckungen verstauben Desinfektionsmittel in Büroküchen und Ostdeutsche geben sich immer noch die Hände. Auch die Nachrichten über die Wirtschaftskrise sorgten nicht dafür, dass die Leute ihre Vorratskeller auffüllten und ihre Schrebergärten von der Geranienzucht auf Selbstversorgung umstellten. Sie statteten sich vielmehr, nicht gerade typisch für jemanden, der morgen den Weltuntergang erwartet, mit neuen Autos, Einbauküchen und Wohnzimmergarnituren aus.

Die linke Einheitsfront

Die permanente Enttäuschung birgt dennoch ein Risiko: Wenn Hoffnungen allzu oft enttäuscht wurden, entstehen nicht nur Langeweile und Lethargie. Die Enttäuschung kann zugleich in Aggression umschlagen. Es dürfte also längst noch nicht ausgemacht sein, ob die Deutschen den Ausnahmezustand auch in Zukunft bevorzugt am Joystick simulieren – neben der Automobilindustrie und der Einrichtungsbranche gehören die Hersteller von Endzeit-Computerspielen hierzulande zu den großen Gewinnern der Krise – oder ob wir derzeit

nur eine Latenzphase, eine Art Ruhe vor dem Sturm, erleben.

Für solche Fragen interessieren sich die Organisatoren der heutigen Demonstration allerdings nicht. Wie sollen sie auch über die Veränderungen diskutieren, die sich seit der Ablösung der rotgrünen Regierung, der großen Propagandistin der Kampagnendemokratie, vollzogen haben, wenn sie noch nicht einmal realisiert haben, dass der Kanzler nicht mehr Helmut Kohl heißt. (Vom jüngsten Regierungswechsel ganz zu schweigen.) Wenn sie die Diskussion ihres Aufruftextes bei einem bundesweiten Demo-Vorbereitungstreffen auf Platz sechs der Tagesordnung setzen und ganze 20 Minuten dafür vorschlagen; wenn sie stattdessen stundenlang über das „Demo-Orga-Konzept“, „Pennplatzbörsen“ und die Gestaltung der einzelnen Blöcke sprechen; wenn sie auch die größten Kritiker ihres Demonstrations-Konzeptes in ihre Veranstaltung integrieren wollen – dann zeigt sich: Ihr eigenes Geschreibe ist ihnen letztlich egal. Ihnen geht es nicht um Wahrheit; ihnen geht es nicht darum, die Frage „was deutsch ist“ kritisch – und vor allem: auf der Höhe der Zeit – auf den Begriff zu bringen. Sie wollen einfach wieder einmal eine große Demo organisieren und mit möglichst vielen Leuten über den Leipziger Goerdelerring laufen. Dabei hätten es die Leipziger Wendefeierlichkeiten tatsächlich verdient, ordentlich aufgemischt zu werden. Aber, und das kann gar nicht genug betont werden, eben nicht von Leuten, die an Deutschland nichts anderes als die Jahre 1990 bis 1993 zu kritisieren wissen. Nicht von Leuten, die den Demonstranten des Jahres 1989 nebenbei ausgerechnet das vorwerfen, was mit Abstand zu ihren sympathischsten Beweggründen gehörte: der Sehnsucht nach Westautos und Bananen, ergo: ein wenig Luxus und einem etwas besseren Leben. Und auch nicht von Demounterstützern wie „TOP Berlin“ – keine Billigeinkaufskette, sondern eine linke Politgruppe –, die an einem Tag, der für das Ende der Nachkriegszeit steht, in ihrem Demoblock weder durch israelische Fahnen noch durch die Flaggen der Alliierten daran erinnert werden wollen, dass der Nationalsozialismus von außen niedergedrungen werden musste.

ag „no tears for krauts“/

ag antifa halle

Oktober 2009

nokrauts.antifa.net

diskussion: www.bonjour-tristesse.tk